



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesorganisation Bremen

**Bremer Appell: Mehr Verantwortung übernehmen
– für Frieden, Entspannung und zivile Krisenlösungen**

Im vergangenen Jahrhundert hat Deutschland zweimal Elend, Tod und Vernichtung über die Menschen Europas gebracht. Am 1. September, dem Tag des Überfalls der deutschen Armee auf unser Nachbarland Polen, erinnern wir daran!

Das deutsche Volk hat sich vor beinahe einem Dreivierteljahrhundert entschlossen: Nie wieder soll von deutschem Boden ein Krieg ausgehen! Seitdem haben wir Frieden in Deutschland und Europa. Das ist ein hohes Gut: „Wirklicher Friede bedeutet auch wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit, bedeutet Schutz der Umwelt, bedeutet Demokratie, Vielfalt und Würde und vieles, vieles mehr.“ (Kofi Annan)

Wir sehen daher mit großer Sorge, dass in der Politik wieder verstärkt in den Kategorien militärischer Macht und Stärke gedacht wird. Konventionelle Aufrüstung greift um sich, ein erneutes atomares Wettrüsten beginnt, die Verlängerung der Abrüstungsverträge wird in Frage gestellt. Die Bundesrepublik Deutschland soll nach dem Willen der NATO – und verschärft noch durch den amerikanischen Präsidenten – ihren Militäretat mehr als verdoppeln, sie soll ihre Waffen modernisieren und „mehr Verantwortung übernehmen“, bei der Stärkung des europäischen NATO-Pfeilers gegenüber Russland und in den weltweiten militärischen Konflikten um Rohstoffe und Einflussphären.

Wir halten das für einen gefährlichen Irrweg. Ein neuer Rüstungswettkampf mit Russland macht unseren Kontinent nicht sicherer, sondern unsicherer. Gerade die Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte zeigen zudem: militärische Interventionen sind kein erfolgreiches Mittel, um politische Konflikte zu lösen. Dort wo es versucht wurde – in Afghanistan, Irak, Libyen, Mali oder Syrien – sind die Ergebnisse allesamt katastrophal.

Wir meinen deshalb: Ein Deutschland, das mehr Verantwortung übernehmen will, muss sich gegen eine wieder zunehmende Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik stemmen. Die Welt braucht keine vierte militärische Großmacht. Sie braucht vielmehr ein Deutschland und Europa, das die Lehren aus seiner eigenen blutigen Geschichte zieht und sich konsequent als Friedensmacht positioniert: mit einer Politik der Entspannung, der diplomatischen Konfliktlösung und der zivilen Krisenprävention!

Bitte wenden.

Wir fordern deshalb:

- Ablehnung des Ziels der Nato, die nationalen Militärausgaben bis 2024 auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen!
- Eine Modernisierung der Bundeswehrausrüstung nur im Rahmen der allgemeinen Haushaltssteigerungen!
- Keine verstärkte Aufrüstung des europäischen NATO-Pfeilers im Rahmen der geplanten europäischen Militär- und Rüstungszusammenarbeit (PESCO)!
- Kein weiteres Liebäugeln mit der Vorstellung, die EU zu einer eigenständigen militärischen Großmacht oder gar Atommacht auszubauen!
- Ja zu einer verstärkten politischen Kooperation mit Frankreich, aber Nein zu dem französischen Werben für eine europäische Interventionsarmee!
- Deutschland muss den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und ratifizieren!
- Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete müssen verboten werden; für alle andern sind verbindliche gesetzliche Richtlinien festzulegen und das deutsche Parlament ist in die Entscheidungen einzubeziehen.

Die Bremer SPD unterstützt die friedenspolitische Initiative »Abrüsten statt Aufrüsten«. Viele unserer Abgeordneten haben eine Erklärung der ICAN unterschrieben: Sie wollen sich im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit für den Atomwaffenverbotsantrag einsetzen. Unser Bürgermeister ist Mitglied der „Mayors for peace“, einer Initiative der Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki zum Verbot von Atomwaffen, der sich weltweit über 7.600 Städte aus 163 Ländern angeschlossen haben.

Wir unterstützen deshalb den Aufruf des Bremer Friedensforums zur

Kundgebung zum Antikriegstag am 1. September 2018

auf dem Bremer Marktplatz um 12:00 Uhr

und rufen alle Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme auf!

Mit:

Staatsrätin **Ulrike Hiller** mit einem Grußwort des **Bremer Senats**

Barbara Heller vom Bremer **Friedensforum**

Wolfgang Lemb, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der **IG Metall**

Markus Westermann, Geschäftsführer von **ver.di** Bremen-Nordniedersachsen